

Über die Rechtsaufsichtsbehörde
und das Regierungspräsidium
an das Sächsische Staatsministerium
der Finanzen
Carolaplatz 1
01097 Dresden

Ort, den
Fernsprecher
Aktenzeichen

Zutreffendes bitte ankreuzen!

Antrag auf Gewährung einer Bedarfszuweisung

- zur Unterstützung der Haushaltskonsolidierung gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 1 FAG
- zur Förderung von Gutachten zur Haushaltskonsolidierung gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 1 FAG
- zur Überwindung außergewöhnlicher und struktureller Belastungen gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 2 FAG

I. Antragsteller

Name, Bezeichnung	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)	
Auskunft erteilt (Name, Telefonnummer, E-Mail Adresse)	
Gemeindeschlüssel: 14	Einwohnerzahl gemäß § 30 FAG
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)	

II. Übersicht über die Haushalts- und Finanzlage im Haushalt des Jahres, auf das sich der Antrag bezieht

Aufgestellt auf Grund

- des Haushaltsplanes
- des Nachtragshaushaltsplanes
- der Jahresrechnung

am

a) Allgemeine Kennziffern

	TEUR	EUR/Einwohner
1. Haushaltsvolumen		
davon: Verwaltungshaushalt		
Vermögenshaushalt		
	Anzahl	je 1 000 Einwohner
2. Anzahl der Stellen in: der Kernverwaltung		
den nachgeordneten Einrichtungen		
3. Zahl der Eigen- und Beteiligungsgesellschaften ¹		***
	TEUR	EUR/Einwohner
4. Schuldenstand zum a) Antragsstichtag b) 31. Dezember des Jahres, in dem der Fehlbetrag entstanden ist (ohne Kassenkredite)		
Kassenkredite zum c) Antragsstichtag		
5. Finanzierungssaldo nach der Finanzierungsübersicht		

b) Hebesätze zum Antragsstichtag

- 1. Grundsteuer A in vom Hundert
- 2. Grundsteuer B in vom Hundert
- 3. Gewerbesteuer in vom Hundert

c) Angaben zur Haushaltsstruktur (Verwaltungshaushalt)

	Gruppierungs-Nr. lt. Gruppierungsplan	TEUR	EUR/Einwohner
1. Einnahmen des Verwaltungshaushaltes	299		
davon: Grundsteuer A und B	001, 002		
Gewerbesteuer (brutto)	003		
Gebühren, Entgelte und Ähnliches	10 bis 15, 21, 263, 265		
Allgemeine Finanzausweisungen	041		
Kreisumlage ²	072		
Zuführung von Vermögens- an Verwaltungshaushalt	28		
2. Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	899		
davon: Personalausgaben	4		
Zinsausgaben am Kreditmarkt	808		
Kreisumlage	832		
Zuführung von Verwaltungs- an Vermögenshaushalt	86		
3. Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt	299 ./ 899		

¹ Genaue Auflistung in der Begründung mit Jahresabschlüssen, Personalstellen und Zuschussbedarf.

² Nur Landratsämter.

	Gruppierungs-Nr. lt. Gruppierungsplan	TEUR	EUR/Einwohner
4. kalkulatorische Abschreibungen	680		
5. Mindestzuführungsrate vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt = Ordentliche Tilgungen + Kreditbeschaffungskosten	970 bis 977 990		

III. Kosten eines Gutachtens

a) Kosten des Gutachtens laut Angebot EUR

b) Beginn der Maßnahme/geplanter Fertigstellungstermin/.....

IV. Höhe des Fehlbetrages/der außergewöhnlichen Belastung: EUR

V. Angaben zum beschlossenen Haushaltskonsolidierungskonzept gemäß Anlage:

1. Ausgabenminderungen im Ausgleichsjahr in Höhe von: EUR

2. Einnahmeerhöhungen im Ausgleichsjahr in Höhe von: EUR

VI. Höhe der beantragten Zuweisung: EUR

VII. Fördermittel für kommunale Investitionen (ohne Kredite) – Stand zum Zeitpunkt der Antragstellung

1. Beantragte Fördermittel insgesamt EUR

2. Bewilligte Fördermittel (nach Arten) EUR

3. In Anspruch genommene Fördermittel EUR

VIII. Zielstellung des Gutachtens/des Projektes

(Kurze Beschreibung der geplanten Ziele, zum Beispiel Senkung des Haushaltsdefizites, mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung)

IX. Begründung des Antrages einschließlich der Begründung eines eventuell entstandenen Fehlbetrages oder der außergewöhnlichen Belastung (Nachweis der offenen Kostendeckung innerhalb von drei Jahren)

X. Sonstige Erläuterungen

XI. Erklärung des Antragstellers

- a) Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Der Antragsteller hat betroffene Personen auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten hingewiesen und sichergestellt, dass die im Antrag aufgeführten personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben und von dieser für das Auszahlungsverfahren der Landeszuweisung verarbeitet werden dürfen.

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift

zum Antrag der/des Gemeinde/Landkreises vom

Übersicht zum allgemeinen Rücklagenbestand (in EUR)

Haushaltsjahr:

Position	Bestand zum 1. Januar des Haushaltsjahres	Geplante Ent- nahme im Haus- haltsjahr	voraussichtlicher Bestand zum 31. Dezember des Haushalts- jahres	Zweck der Ent- nahme
Allgemeine Rücklage
<u>davon</u> ¹ :				
investive Schlüssel- zuweisungen
.....
.....
.....
.....

Mindestrücklage gemäß § 20 Abs. 2 KomHVO: EUR

¹ Die Summe der Davon-Positionen muss den allgemeinen Rücklagenbestand ergeben.

zum Antrag der/des Gemeinde/Landkreises vom

Übersicht zum Schuldenstand (in EUR)**Haushaltsjahr:**

Position	Bestand zum 1. Januar des Haushalts- jahres	genehmigte Kreditauf- nahme im Haushalts- jahr	geplante Tilgung im Haushalts- jahr	voraussicht- licher Be- stand zum 31. Dezem- ber des Haushalts- jahres	Zweck der Kredit- aufnahme
Schulden am Kreditmarkt
Sonstige Kreditschulden ¹
kreditähnliche Rechtsgeschäfte
Bürgschaften
	Genehmigt/ Genehmi- gungsfrei	Inanspruch- nahme zum Antrags- stichtag			
Kassenkredit			

¹ Bitte aufgliedern.

zum Antrag der/des Gemeinde/Landkreises vom

**Übersicht zu den materiellen und immateriellen
kommunalen Vermögenswerten¹**

Stichtag:

Position	Anlagevermögen in EUR	zur pflichtigen Aufgabenerfüllung benötigt ²
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

¹ Zu den Vermögenswerten gehören neben beweglichem und unbeweglichem Vermögen auch Aktien, Fonds sowie andere Formen der Vermögensbildung und Beteiligungen. Für unbewegliche und bewegliche Sachen und grundstücksgleiche Rechte genügt eine Auflistung gemäß § 36 KomHVO ohne Wertangaben, soweit eine Wertermittlung nicht vorliegt.

² Bitte begründen.

Über die Rechtsaufsichtsbehörde an
die Bewilligungsbehörde (Anschrift)

Ort, den
Fernsprecher
Aktenzeichen

**Antrag
auf Gewährung einer Bedarfszuweisung
zur Förderung der Einstellung von Studenten und Absolventen des gehobenen
Dienstes der Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung Meißen in Verbin-
dung mit der Förderung eines sozialverträglichen Personalabbaus**

I. Antragsteller

Name, Bezeichnung
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)
Auskunft erteilt (Name, Telefonnummer, E-Mail Adresse)
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)

II. Bezeichnung der Studenten

(genaue Angaben ergeben sich aus den Unterlagen, die dem Antrag beigelegt sind)

(listenmäßige Aufführung der Teilnehmer als Anlage)
Bezeichnung des Studiengangs
Voraussichtliche Dauer des Studiums vom bis zum

III. Höhe des Ausbildungskostenzuschusses

(bei mehreren Studenten ergibt sich die listenmäßige Darstellung als Anlage zu diesem Antrag)

<input type="checkbox"/> monatliche Ausbildungskosten je Student im Ausbildungsjahr
2005/2006 _____ EUR
2006/2007 _____ EUR

gesamte Ausbildungskosten je Student im Ausbildungsjahr

2005/2006 _____ EUR

2006/2007 _____ EUR

beantragter Zuschuss je Student für das Ausbildungsjahr

2005/2006 _____ EUR

2006/2007 _____ EUR

IV. Nachweis der Stellenreduzierung gemäß mittelfristiger Finanzplanung des Jahres zum Zeitpunkt der Antragstellung

Jahr	Anzahl der Stellen (Beschäftigungsbereiche 21, 22)	Anzahl VzÄ	Personalkosten in EUR
2005			
2006			
2007			
2008			
2009			

V. Erklärung des Antragstellers

- a) Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Der Antragsteller hat betroffene Personen auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten hingewiesen und sichergestellt, dass die im Antrag aufgeführten personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben und von dieser für das Auszahlungsverfahren der Landeszuweisung verarbeitet werden dürfen.
- c) Dem Antragsteller ist bekannt, dass der Wegfall subventionserheblicher Tatsachen unverzüglich dem zuständigen Regierungspräsidium mitzuteilen ist.

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift

Hinweis:

Es wird auf die Bestimmungen gemäß Abschnitt III. Nr. 4 Buchst. c der VwV Bedarfszuweisungen aufmerksam gemacht. Für den Fall der Bewilligung bleibt die Rückforderung eines Anteils der Fördersumme vorbehalten. Aus diesem Grund wird empfohlen, die Beschäftigungsverhältnisse mit den Absolventen derart vertraglich auszugestalten, dass bei diesen eine entsprechende Rückforderung möglich bleibt.

Über die Rechtsaufsichtsbehörde
und das Regierungspräsidium
an das Sächsische Staatsministerium
der Finanzen¹
Carolaplatz 1
01097 Dresden

Ort, den
Fernsprecher
Aktenzeichen

Zutreffendes bitte ankreuzen!

Antrag **auf Gewährung einer Bedarfszuweisung**

zur Förderung eines freiwilligen

- Kreiszusammenschlusses gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 5 FAG**
- Gemeindezusammenschlusses gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 5 FAG**

I. Antragsteller

Name, Bezeichnung	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)	
Auskunft erteilt (Name, Telefonnummer, E-Mail Adresse)	
Gemeindeschlüssel: 14	Einwohnerzahl gemäß § 30 FAG
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)	

II. Höhe der beantragten Zuweisung: EUR

III. Begründung des Antrages
(gegebenenfalls auf gesondertem Blatt)

¹ Nur bei Anträgen gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 5 Satz 3 FAG.

IV. Erklärung des Antragstellers

- a) Die in diesem Antrag einschließlich Antragsunterlagen gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Der Antragsteller hat betroffene Personen auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten hingewiesen und sichergestellt, dass die im Antrag aufgeführten personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben und von dieser für das Auszahlungsverfahren der Landeszuweisung verarbeitet werden dürfen.

V. Anlagen

- Urkunde über den freiwilligen Gemeindegemeinschaft
- Gründungsdokument der neuen Gebietskörperschaft (beglaubigte Abschrift)
- Entwurf des Haushaltsplanes der neuen Einheitsgemeinde

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift